

PROTOKOLL

6. Sitzung des 55. Studierendenparlaments am 20.04.2023

Erstellt am: 2023-04-23
Geändert am: 2023-05-09
Beschlossen am: 2023-05-09
Bekanntgabe am: 2023-05-21

Inhalt:

Anwesenheitsliste	3
Verzeichnis der Anlagen	4
TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	5
TOP 2. Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung	5
TOP 3. Festlegung der Tagesordnung	5
TOP 4. Bericht des Präsidenten und Anfragen	6
TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen	6
TOP 6. Weitere Berichte	8
TOP 7. Bestätigung eines Referenten	8
TOP 8. Wahl des Rechtsausschusses	8
TOP 9. Antrag auf Eintritt in das Verhandlungsbündnis ASten im VRR	9
TOP 10. Neufassung der Geschäftsordnung des Studierendenparlaments	10
TOP 11. Verschiedenes	14

Anwesenheitsliste

Parlamentarier	Liste	Fraktion	Anwesend	Stellvertretung/Bemerkung
Böcker, Feo	GRAS	GRAS	ja	
Rehberg, Sofie Marie	GRAS	GRAS	ja	
Wegener, Robin	GRAS	GRAS	ja	
Queissner, Andreas	JuSo-HSG	JuSo-HSG	ja	
Spanagel, Lara Thea	JuSo-HSG	JuSo-HSG	nein	vertreten durch Bexte, Lena
Brinkmeyer, Maria	LiLi	LiLi	nein	
Linsel, Nick	LiLi	LiLi	nein	
Wystub, Edyta	LiLi	LiLi	nein	
Vennewald, Elias	GEWI	NRGi	ja	
Kunova, Anita	GL	NRGi	nein	
Abas, Taban	IL	NRGi	ja	
Binek, Hilal-Nur	IL	NRGi	ja	bis 21.28 Uhr
Demir, Hanife	IL	NRGi	ja	
Fietzek, Noah	IL	NRGi	nein	
Kantor, Nikita	IL	NRGi	ja	
Yavuz, Emre	IL	NRGi	nein	
Yavuz, Eren Ertunc	IL	NRGi	ja	
Agethen, Ron	NAWI	NRGi	ja	
Cremer, Tim	NAWI	NRGi	nein	vertreten durch Gladkirch, Melina
Demirci, Talha	NAWI	NRGi	nein	vertreten durch Ledneczky, Felix
Gallert, Marc	NAWI	NRGi	ja	
Herden, Alexander	NAWI	NRGi	nein	vertreten durch Reibert, Sven
Hoffstiepel, Paul	NAWI	NRGi	ja	
Krüger, Philipp Nico	NAWI	NRGi	ja	
Kücüük, Ali Sait	NAWI	NRGi	ja	
Lamme, Rahel	NAWI	NRGi	nein	vertreten durch Barz, Sascha
Reichert, Katrin	NAWI	NRGi	ja	
Schleg, Philipp	NAWI	NRGi	ja	
Tilbürger, Elisabeth	NAWI	NRGi	ja	
Van der Linden, Inja	NAWI	NRGi	nein	vertreten durch Kieninger, Alexander
Walkowiak, Patrick	NAWI	NRGi	ja	
Schwarz, Kara Luisa	REWI	NRGi	nein	vertreten durch Terhorst, Philipp
Sciborski, Daniel	LHG	RCDS & LHG	nein	vertreten durch Geppert, Niklas
Käppel, Felix Christof	RCDS	RCDS & LHG	ja	
Schymek, Fynn Henryk	RCDS	RCDS & LHG	nein	

Verzeichnis der Anlagen

Index	Anlage	Hinweis
#1.	E-Mail zur Einladung zur 6. Sitzung des 55. SP	
#2.	Einladung zur 6. Sitzung des 55. SP	
#3.	Bericht der AStA-Vorsitzenden	zu TOP 5
#4.	Antrag auf Bestätigung eines Referenten	zu TOP 7
#5.	Dringlichkeitsantrag auf Wahl des Rechtsausschusses	zu TOP 3, zu TOP 8
#6.	Antrag auf Eintritt in das Verhandlungsbündnis ASten im VRR	zu TOP 9
#7.	Dringlichkeitsantrag auf Neufassung der GO-SP	zu TOP 3, zu TOP 10
#8.	Lesefassung der beantragten Neufassung der GO-SP	zu TOP 10
#9.	Änderungsantrag zum Antrag auf Neufassung der GO-SP: Vertretungsregelung	zu TOP 10
#10.	Änderungsantrag zum Antrag auf Neufassung der GO-SP: Redeliste	zu TOP 10

TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) eröffnet die Sitzung um 19.09 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Sitzung fest.

5 TOP 2. Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung

Der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) erklärt, ihm seien im Nachgang der fünften Sitzung noch Änderungen von Maximilian Gravendyk (GRAS) zugegangen, welche er bereits übernommen habe.

10 Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt das Protokoll inklusive der erwähnten Änderungen zur Abstimmung. Das Protokoll wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

27 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 0 Stimmen ENTHALTUNG
--

TOP 3. Festlegung der Tagesordnung

15 Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt die zuvor mit der Einladung versandte Tagesordnung vor. Er erklärt, der vom AStA zu TOP 8 gestellte Antrag sei zurückgezogen worden, womit der TOP gegenstandslos sei. Zusätzlich zu den Punkten der vorläufigen TO seien zwei Dringlichkeitsanträge eingegangen, die den Parlamentariern ebenfalls zugegangen seien.

20 Zunächst habe der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) einen Antrag auf Neufassung der GO-SP gestellt. In Abwesenheit von Wortmeldungen stellt der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) die Behandlung des Dringlichkeitsantrages zur Debatte. Die Behandlung wird bei folgendem Ergebnis beschlossen:

28 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 0 Stimmen ENTHALTUNG
--

25 Zusätzlich erklärt der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI), er selbst habe einen Antrag zur Wahl des neuen Rechtsausschusses gestellt. In Abwesenheit von Wortmeldungen stellt der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) die Behandlung des Dringlichkeitsantrages zur Debatte. Die Behandlung wird bei folgendem Ergebnis beschlossen:

28 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 0 Stimmen ENTHALTUNG
--

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt die geänderte vorläufige Tagesordnung unter Einbeziehung der Dringlichkeitsanträge als neue TOP vor. Die veränderte vorläufige Tagesordnung sieht folgende Punkte vor:

- 30 | TOP 1: Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung
TOP 3: Festlegung der Tagesordnung
TOP 4: Bericht des Präsidenten und Anfragen
TOP 5: Bericht des AStA und Anfragen
35 | TOP 6: Weitere Berichte
TOP 7: Bestätigung eines Referenten
TOP 8: Wahl des Rechtsausschusses
TOP 9: Antrag auf Eintritt in das Verhandlungsbündnis ASten im VRR

- 40 | TOP 10: Neufassung der Geschäftsordnung des Studierendenparlaments
TOP 11: Verschiedenes

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) schlägt die geänderte vorläufige Tagesordnung vor. In Abwesenheit von Wortmeldungen gilt die vorläufige Tagesordnung gemäß § 15 Abs. 1 GO-SP als angenommen.

45 **TOP 4. Bericht des Präsidenten und Anfragen**

Sofie Rehberg (GRAS) beantragt zur Geschäftsordnung die Verleihung des Rederechtes an alle Gäste gemäß § 17 Abs. 4 lit. k GO-SP. In Abwesenheit von Gegenrede gilt der Antrag gemäß § 17 Abs. 2 GO-SP als angenommen.

- 50 Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) erzählt vom vor der Sitzung stattgefundenen zweiten Gespräch des Präsidiums und des Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NAWI) mit Herrn Dr. Grosche und Frau Hanafi vom Dezernat 5.I der Universitätsverwaltung. Er erklärt, das Dezernat habe eine grundsätzlich positive Rückmeldung zur Durchführung der Fachschaftsveranstaltung in den ersten Semesterwochen ohne größere „Zwischenfälle“ gegeben.
55 Gleichzeitig sei erneut klargestellt worden, dass es eine formale Änderung der geschriebenen Regeln für die Genehmigung und Durchführung von Veranstaltungen nicht geben werde. Zu den Ergebnissen des Gesprächs werde zeitnah auch eine weitere Mitteilung an die Fachschaften erfolgen.

- Zudem stellt der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) fest, dass die vom Parlament beschlossene Neufassung der Satzung der Studierendenschaft seit dem 14.04.2023 gelte und somit die darin enthaltenen neuen Regelungen künftig Anwendung auf die Studierendenschaft fänden.
60 Dazu sei wenige Tage vor der Sitzung auch bereits ein Anschreiben an die Fachschaften versandt worden, in welchem der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) und der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) auf die neuen Regeln mit besonderer Bedeutung für Organisation und Arbeit der Fachschaften hingewiesen hätten.

- 65 Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt nach der Veröffentlichung des Wahlprotokolls, in welchem unter anderem der Eingang von Wahlbeschwerden festgehalten sei. Auf Nachfrage durch den Stellvertretenden Präsidenten des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) ergibt sich, das Protokoll sei vom Hendrik Meinert (NAWI) in seiner Funktion als Leiter der Wahl zum 55. Studierendenparlament zu erstellen und sei bei diesem schon mehrfach durch Vertreter der GRAS angefragt worden. Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) fordert
70 Hendrik Meinert (NAWI) dazu auf, das Protokoll zeitnah fertigzustellen.

- Niklas Geppert (LHG) fragt, ob die vom Präsidenten des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) erwähnte „Hausordnung“ aus der sich Regeln für die Genehmigung und Durchführung von Veranstaltungen ergäbe, eine zusammenhängende Ordnung sei, welche man öffentlich einsehen könne.
75 Der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) erklärt, er habe bei einer Recherche in den Amtlichen Bekanntmachungen bisher keine explizit benannte „Hausordnung“ gefunden und vermute daher, dass es sich um eine formell-rechtliche Ordnung, sondern um eine Sammelbezeichnung für eine Vielzahl materiell-rechtlicher Regelungen in unterschiedlichen Rechtsnormen handele.

TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen

- 80 Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) entschuldigt bei den anwesenden Parlamentariern für ihre Abwesenheit auf der vorherigen Sitzung aufgrund von Krankheit und berichtet über die vergangene Arbeit und die durchgeführten und geplanten Veranstaltungen des AStA.

85 Lena Bexte (JuSo-HSG) fragt nach dem Koalitionsvertrag des neuen AStA. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) erklärt, eine interne Prüfung der Angelegenheit habe ergeben, dass das Hochladen des Koalitionsvertrages nicht zum Aufgabenfeld des AStA gehöre, da dieser kein Dokument des AStA, sondern eine Vereinbarung zwischen den verschiedenen beteiligten Listen darstelle.

90 Feo Böcker (GRAS) fragt, ob es überhaupt einen Koalitionsvertrag gäbe. Daraufhin erklärt die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL), sie wolle im Rahmen der Befragung nur auf Fragen betreffend die Arbeit des AStA eingehen und könne für Fragen zu Angelegenheiten der Listen lediglich an diese verweisen.

95 Niklas Geppert (LHG) bemängelt den durch die Antworten der Vorsitzenden des AStA (Hanife Demir, IL) seiner Meinung nach zum Ausdruck gebrachten „bedenklichen“ Umgang mit dem Parlament. Er fragt, wie der Umstand, dass – ihm zufolge – die Bundesregierung und zahlreiche Landesregierungen die jeweiligen Koalitionsverträge auf den Webseiten der Regierungen hochgeladen hätten, vom AStA beurteilt werde und wo der AStA den Unterschied in seiner eigenen Situation sehe. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) antwortet, diese Frage mache eine weitere Prüfung der Angelegenheit erforderlich.

100 Robin Wegener (GRAS) erklärt, er gehe mangels eines öffentlichen Koalitionsvertrages davon aus, der AStA habe keine Ziele. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) widerspricht dieser Vermutung und weist darauf hin, der AStA würde viele seiner Ziele bereits jetzt an verschiedenen Stellen auf seiner Homepage nennen.

105 Andreas Queissner (JuSo-HSG) fragt nach der auf der Sitzung des SP maßgeblichen Auslegung der Satzung und GO-SP des Präsidiums und fragt, ob die Veröffentlichung des Koalitionsvertrags nach Meinung des Präsidiums zu den Aufgaben des AStA gehören. Nach kurzer Beratung erklärt der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS), die Auslegung des Präsidiums sei im vorliegenden Fall nur insofern relevant, als sie die Art und den Umfang der Fragen betreffe, die von der Auskunftspflicht gemäß § 22 Abs. 2 der Satzung erfasst seien. Dahingehend stellt der Stellvertretende Präsident des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) fest, das Präsidium sehe zwar in der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages auf der Webseite des AStA grundsätzlich kein Problem, sei aber der Ansicht, dass den AStA andererseits keine Pflicht dazu treffen, den zwischen den jeweiligen Listen vereinbarten Koalitionsvertrag zu veröffentlichen. Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) ergänzt, dies sei unter anderem der Fall, da der Koalitionsvertrag auch nur bindende Kraft zwischen den jeweiligen beteiligten Listen entfalten könne und keine Bindungswirkung für den AStA als Organ besäße.

115 Auf die Frage von Robin Wegener (GRAS) nach einem Veröffentlichungszeitraum des geplanten „Nachhaltigkeitsberichtes“ des AStA erklärt der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NAWI), eine Veröffentlichung sei für den kommenden November geplant.

120 Niklas Geppert (LHG) fragt, was die vom AStA geplante Petition zur Einrichtung eines muslimischen Gebetsraumes genau beinhalten werde. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) antwortet, die Petition solle ganz allgemein die Einrichtung eines Gebetsraumes fordern. Auf die Rückfrage durch Niklas Geppert (LHG), wie der AStA in diesem Kontext einen Gebetsraum in Abgrenzung zu dem bestehenden Raum der Stille definiere, erklärt die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL), die Forderung solle auf einen muslimischen Gebetsraum, mit dem für diese bestehenden Anforderungen abzielen. Niklas Geppert (LHG) schließt daran die Frage an, ob der AStA durch die Einrichtung eines explizit muslimischen Gebetsraumes nicht die religiöse Neutralität der Universität für gefährdet halte. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) entgegnet, ein solcher Raum hätte viele Jahre lang an der Universität bestanden und sei nur im Rahmen der Sanierung des Gebäudes NA ersatzlos weggefallen. Der langjährige Bestand spräche gegen eine mit dem Gebetsraum verbundene angebliche Gefährdung der religiösen Neutralität.

130 Lena Bexte (JuSo-HSG) fragt nach den Kriterien, welche der Festlegung von Referentenzahlen für die einzelnen Referaten des AStA zugrunde lägen. Von besonderem Interesse sei für sie dabei das Referat für E-Sport. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) erzählt, das Referat für E-Sport umfasse nun

135 weniger Referenten als zuvor, da das neu geschaffene Referat für Sport nun Aufgaben übernehme, welche zuvor durch das Referat für E-Sport ausgeübt worden seien. Weiterhin habe die Verteilung etwas mit der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Einigung der AStA-tragenden Listen zu tun und unterliege Kriterien, welche sie zeitnah nachreichen wolle.

Niklas Geppert (LHG) wirft die Frage auf, inwiefern der erwähnte Zusammenhang der Referentenzahlen in den einzelnen Referaten mit dem Koalitionsvertrag mit der These vereinbar sei, dass der Koalitionsvertrag nicht der Auskunftspflicht der Vorsitzenden des AStA (Hanife Demir, IL) unterliege.

140 Robin Wegener (GRAS) will der Vorsitzenden des AStA (Hanife Demir, IL) nun die Fragen stellen, welche im Vorfeld der Wahl nicht hätten gestellt werden können. Konkret fragt er die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL), ob diese in einer Partei oder einer Studentenverbindung Mitglied sei. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) verneint beides.

145 Feo Böcker (GRAS) fragt nach einem „Herzensprojekt“ der Vorsitzenden des AStA (Hanife Demir, IL), welches diese unbedingt umsetzen wolle. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) erklärt, ihr seien alle Projekte gleichermaßen wichtig und sie setze sich primär dafür ein, dass die Stimme der Studenten in allen Angelegenheiten jeweils durchdringen könne.

150 Niklas Geppert (LHG) schließt die Frage nach drei konkreten Projekten an, welche die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) interessant fände. Die Vorsitzende des AStA (Hanife Demir, IL) nennt den Nachhaltigkeitsflohmarkt und das bereits durchgeführten Interkulturelle Abendessen. Zudem sei es ihr wichtig, dass alle Referenten des AStA möglichst in Harmonie zusammenarbeiteten.

TOP 6. Weitere Berichte

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) erklärt, zu diesem TOP seien keine Berichte angemeldet worden.

155 TOP 7. Bestätigung eines Referenten

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) verweist auf den zuvor versandten Antrag zur Bestätigung eines Referenten des AStA.

Auf die Nachfrage von Robin Wegener (GRAS) gibt der Finanzreferent des AStA (Ron Agethen, NAWI) an, der Referent solle im Referat für Service und Öffentlichkeitsarbeit arbeiten.

160 In Abwesenheit von weiteren Wortmeldungen stellt der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

23 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 5 Stimmen ENTHALTUNG
--

TOP 8. Wahl des Rechtsausschusses

165 Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) liest die eingegangenen Vorschläge vor und weist in diesem Zuge darauf hin, dass für die Abgabe der Vorschläge zur Besetzung der Ausschüsse künftig die Fraktionen des SP maßgeblich seien. Bislang hätten sich die ordentlichen Mitglieder der bisherigen Wahllisten GEWI, GL, IL, NAWI und REWI zur Fraktion „NRGi“ und die ordentlichen Mitglieder der bisherigen Wahllisten LHG und RCDS zur Fraktion „RCDS & LHG“
170 zusammengeschlossen.

Die Wahlvorschläge für die Besetzung des Rechtsausschusses lauten wie folgt:

- Ordentliche Mitglieder
- Elisabeth Tilbürger (NRGi)
- Ron Agethen (NRGi)
- 175 Patrick Walkowiak (NRGi)
- Hendrik Meinert (NRGi)
- Felix Ledneczky (NRGi)
- Nikita Kantor (NRGi)
- Eren Yavuz (NRGi)
- 180 Paul Hoffstiepel (NRGi) (Stellvertretung)
- Ali Sait Küçük (NRGi) (Stellvertretung)

- Beratende Mitglieder:
- Lea Skye (RCDS & LHG)
- 185 Niklas Geppert (RCDS & LHG)
- Ronny Lehmann (JuSo-HSG)
- Sarah Ludyga (GRAS)
- Fynn Schymek (RCDS & LHG) (Stellvertretung)
- Daniel Sciborski (RCDS & LHG) (Stellvertretung)
- 190 Sylvester Diekamp (JuSo-HSG) (Stellvertretung)
- Sofie Rehberg (GRAS) (Stellvertretung)

- Zu dem Vorschlag gibt es keine Wortmeldungen. Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt den Vorschlag zur Wahl. Die vorgeschlagenen Mitglieder werden bei folgendem Ergebnis in den Rechtsausschuss gewählt:
- 195

28 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 0 Stimmen ENTHALTUNG
--

TOP 9. Antrag auf Eintritt in das Verhandlungsbündnis Asten im VRR

- 200 Philipp Schleg (NAWI) stellt den Antrag vor. Auf Rückfrage durch Felix Käppel (RCDS) erklärt er, es handele sich bei dem Verhandlungsbündnis lediglich um eine ideelle Vereinigung aus der keinerlei Pflichten oder Mitgliedsbeiträge erwüchsen.

Lena Bexte (JuSo-HSG) fragt nach den Zielen des AStA in dem angestrebten Verhandlungsbündnis. Philipp Schleg (NAWI) weist auf das im Antrag erwähnte gemeinsame Ziel eines sog. „129€-Tickets“ hin.

- 205 Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt, wie die Formulierung einer angestrebten „landesweit“ möglichen Mitnahme von Fahrrädern zu verstehen sei. Philipp Schleg (NAWI) erklärt daraufhin, gemeint sei wohl eine bundesweite Mitnahmemöglichkeit, ist sich aber nicht sicher und will daher die Frage im Nachgang der Sitzung klären.

- 210 Hendrik Meinert (NAWI) fragt, ob bei dem neuen angestrebten Ticket ähnliche Probleme im Umgang mit der Mitfahrberechtigung bei einzelnen Fernverkehrszügen zu befürchten sei, wie dies beim sog. „49€-Ticket“ der Fall gewesen sei. Philipp Schleg (NAWI) merkt an, diese Frage sei sehr detailliert und von ihm derzeit nicht beantwortet werden.

- 215 Auf Nachfrage sagt Philipp Schleg (NAWI) weiterhin, für das zunächst geplante Upgrade-Ticket für Studenten zum Erwerb einer Mitfahrberechtigung im Bundesgebiet sei derzeit geplant, dass das „Upgrade“ von jedermann erworben werden könne und eine Überprüfung des Studentenstatus erst bei einer Fahrkartenkontrolle erfolge.

220 Elisabeth Tilbürger (NAWI) ergänzt, ihr sei im Vorfeld der letzten FSVK-Sitzung mitgeteilt worden, für eventuelle automatische Berechtigungsabfragen würden derzeit noch von der IT-Abteilung der Universität einige Fragen geklärt. Da ihr derzeit keine genaueren Informationen vorlägen, solle es zu einem späteren Zeitpunkt eine E-Mail der Universitätsverwaltung oder eine Information der FSVK geben, die genauer über den Modus der Berechtigungsabfrage Auskunft geben würden.

Robin Wegener (GRAS) stellt fest, die GRAS begrüße den beantragten Eintritt in das Verhandlungsbündnis.

225 Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt den Antrag zur Abstimmung. Dieser wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

28 Stimmen JA, 0 Stimmen NEIN, 0 Stimmen ENTHALTUNG
--

TOP 10. Neufassung der Geschäftsordnung des Studierendenparlaments

230 Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt die beantragte Neufassung der GO-SP vor und erklärt die Änderungen insbesondere zu den Themen von Einberufung der Sitzungen und zur Stellvertretung.

Zu § 9 des beantragten GO-Entwurfes liegt ein Änderungsantrag zur Vertretungsregelung von Maximilian Gravendyk (GRAS) vor. Maximilian Gravendyk (GRAS) erklärt, dieser solle im Wesentlichen die bisher gültige Regelung zur Stellvertretung im SP wiederherstellen.

235 Patrick Walkowiak (NAWI) spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Er führt aus, die Wahllisten seien nach der neuen Satzung ab der Konstituierung des SP keine handelnden Entitäten mehr. Auch die von Maximilian Gravendyk (GRAS) erwähnte Möglichkeit einer Umgehung der Regelung nach der Mitglieder des Wahlausschusses nicht dem SP angehören dürften durch die vorgeschlagene Vertretungsregelung, dürfe nicht überbewertet werden, da es sich bei dieser Regelung lediglich um eine durch das SP selbst auferlegte Regel und nicht um eine gesetzliche Vorschrift handele. Zudem gehöre der Sitz eines ordentlichen Mitgliedes im SP nicht der Wahlliste, auf der dieses Mitglied angetreten sei, sondern ausschließlich diesem Mitglied selbst. Daher sei auch die Vertretung letztlich eine Angelegenheit des einzelnen Mitglieds.

240
245 Maximilian Gravendyk (GRAS) entgegnet, in diesem Fall müsse aber die von ihm angesprochene Regelung über Angehörige des Wahlausschusses zunächst aus der Wahlordnung entfernt werden, bevor das SP nun in seiner GO eine widersprechende Regelung aufnehme.

250 Felix Käppel (RCDS) zeigt sich dem Antrag gegenüber offen und fragt Maximilian Gravendyk (GRAS) nach der gedanklichen Gewichtung der von ihm angeführten Probleme. Insbesondere interessiert Felix Käppel (RCDS) ob die Möglichkeit einer Vertretung durch Personen, welche nie zur SP-Wahl angetreten sind, schon allein ein ausschlaggebendes Problem für Maximilian Gravendyk (GRAS) darstelle.

Robin Wegener (GRAS) stellt klar, schon die Tatsache, dass Personen, welche nie auf einer Wahlliste gestanden hätten, künftig Entscheidungen im SP treffen könnten, sei ein bedeutsames Problem.

255 Hendrik Meinert (NAWI) bestreitet den bisher behaupteten Ausschluss von Angehörigen des Wahlausschusses von einer Vertretung im SP und stellt klar, dass Angehörigen des Wahlausschusses zwar eine Kandidatur für das SP, nicht aber eine Vertretung in diesem Gremium untersagt sei.

Felix Ledneczky (NAWI) lehnt den Änderungsantrag ab. Er erklärt, er sei selbst nur durch Zufall auf die SP-Wahl aufmerksam geworden und die geplante Öffnung der Vertretungsregelung komme

260 insbesondere Erstsemestern zugute, welche auch außerhalb der ersten Dezemberwoche in das SP eingeführt werden könnten.

Patrick Walkowiak (NAWI) erklärt, er sehe in der Kandidatur für eine Wahlliste keinen Ausdruck von besonderer Kompetenz oder Qualifikation für eine Mitarbeit im SP. Zudem weist er erneut darauf hin, dass eine Stellvertretung durch Personen außerhalb von Wahllisten nur durch explizite Festlegung der jeweiligen ordentlichen Mitglieder möglich sei.

265 Andreas Queissner (JuSo-HSG) hält dem entgegen, dass schließlich nicht nur Personen, sondern auch Inhalte wichtig seien und die Inhalte wohl häufig auch ausschlaggebend für die Wahlentscheidung von Studenten zugunsten einer bestimmten Wahlliste seien.

270 Felix Käppel (RCDS) befürchtet, die in der derzeitigen Antragsfassung enthaltene Vertretungsregelung könne eine effektive Regeldurchsetzung erschweren. Anders als derzeit durch den Abgleich des Namens der Vertretung mit dem jeweils letzten Wahlergebnis, müsse künftig der Studentenstatus einer Person durch das Präsidium überprüfbar sein. Gleichzeitig widerspricht er der Darstellung durch Patrick Walkowiak (NAWI). Selbstverständlich liege in der Unterschrift für eine Wahlliste keine Kompetenz oder Qualifikation. Allerdings begeben sich eine Person durch die Kandidatur zum SP gewissermaßen in die hochschulpolitische „Arena“ und stelle sich der damit einhergehenden inhaltlichen Auseinandersetzung und Verortung.

280 Sven Reibert (NAWI) gibt zu bedenken, niemand binde einen Kandidaten daran, die Inhalte, für die man gewählt werden, später auch zu vertreten. Aus diesem Grund hätte die neue Vertretungsregelung keinen Einfluss auf die bereits bestehende Unsicherheit einer späteren inhaltlichen Betätigung eines gewählten Mitgliedes. Vielmehr verschiebe sich die für Wähler entscheidende Frage dahingehend, dass sie künftig vor der Wahl verstärkt einer Einzelperson vertrauen müssten, angemessene Vertretungen zu benennen, als einer Liste, angemessene Personen in ihren Reihen zu haben.

285 Eren Yavuz (IL) widerspricht Felix Käppel (RCDS). Durch die Kandidatur auf einer Liste trete man nicht in einer irgendwie geartete hochschulpolitische „Arena“ ein. Auch dessen Befürchtungen vor einer komplexeren Regeldurchsetzung erteilt er eine Absage, da ja schon jetzt eine nachträgliche Exmatrikulation eines SP-Mitgliedes das Risiko einer Beteiligung im SP trotz mangelnder Berechtigung berge.

Felix Ledneczky (NAWI) schildert, er sehe das Risiko für die Auswahl einer adäquaten Vertretung viel mehr bei dem jeweiligen ordentlichen Mitglied, welches ja ein Interesse daran habe, sich gemäß seiner eigenen Meinungen vertreten zu lassen.

290 Andreas Queissner (JuSo-HSG) stellt klar, er wolle nicht behaupten, eine Kandidatur auf einer Wahlliste ginge mit Kompetenz einher. Allerdings führe die geplante Öffnung der Vertretungsregelung zu einer gewissen Austauschbarkeit der ursprünglichen Kandidaten. Zudem erinnert er daran, dass man bei der Beratung einer neuen GO zwangsläufig auch fernliegende Szenarien bedenken müsse.

295 Robin Wegener (GRAS) pflichtet Andreas Queissner (JuSo-HSG) bei und betont, bei der Beratung des Antrages müsse an die dauerhafte Tragfähigkeit der Regelungen gedacht sein und nicht nur an deren momentane Opportunität.

Philipp Terhorst (REWI) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf sofortige Abstimmung des Änderungsantrages gemäß § 17 Abs. 4 lit. c GO-SP.

300 Robin Wegener (GRAS) erhebt Gegenrede gegen den Antrag zur Geschäftsordnung. Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt den GO-Antrag zur Abstimmung. Dieser wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

7 Stimmen JA, 6 Stimmen NEIN, 13 Stimmen ENTHALTUNG

305 Folglich wird über den von Maximilian Gravendyk (GRAS) eingebrachten Änderungsantrag abgestimmt. Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis abgelehnt:

5 Stimmen JA, 20 Stimmen NEIN, 2 Stimmen ENTHALTUNG
--

Danach geht der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) zur Beratung der Geschäftsordnung über und weist auf einen Änderungsantrag zur Gestaltung der Redeliste hin.

310 Feo Böcker (GRAS) stellt den Antrag vor. Niklas Geppert (LHG) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf sofortige Abstimmung gemäß § 17 Abs. 4 lit. c GO-SP.

315 Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) erhebt Gegenrede und erklärt, er wolle den Antrag wenigsten einige Minuten diskutieren. Daraufhin zieht Niklas Geppert (LHG) seinen Antrag zur Geschäftsordnung zurück und erklärt, der nun zum wiederholten Male gestellte Antrag sei abzulehnen, da im StuPa nicht das Geschlecht der jeweiligen Person, sondern deren vertretene Position ausschlaggebend sei.

320 Felix Käppel (RCDS) weist darauf hin, die von ihm bereits zuvor erklärten rechtlichen Bedenken in Bezug auf eine quotierte Rednerliste seien noch anhaltend. Anders als im Änderungsantrag behauptet, sei eine Überprüfung der Regelung durch das Justitiariat nicht anzunehmen, da dem Rektorat keine inhaltliche Prüfung der GO-SP obliege. Auch bemängelt er, dass dem zuletzt geäußerten Wunsch an die Vertreter der GRAS, diese mögen eine von ihnen in Ausschnitten zitierte Stellungnahme des Justitiariates der Universität zu Köln, welche ihrem letzten Antrag auf Einführung einer quotierten Redeliste beigelegt habe, bitte in Gänze und in ihrem Kontext nachreichen, nicht nachgekommen worden sei.

325 Sofie Rehberg (GRAS) stellt sich der Behauptung entgegen, der Antrag sei bereits mehrfach gestellt worden und gibt an, der Antrag sei in der vorherigen Legislaturperiode zwei Mal gestellt worden, jedoch einmal aus formalen Gründen nicht zugelassen worden. Außerdem weist sie darauf hin, dass die nun beantragte Redeliste zuvor bereits bestanden hätte. Zusätzlich liest sie aus einer E-Mail des Justitiariates der Universitätsverwaltung der RUB vor, welche auf Bitten des Stellvertretenden Präsidenten des Studierendenparlaments (Felix Käppel, RCDS) auch dem Protokoll beigelegt werden soll. Dort wird
330 klargestellt, dass auch Regelungen innerhalb der GO-SP der Rechtsaufsicht des Rektorats unterliegen und bei unzulässigen Regelungen eine Beanstandung erfolgen müsse.

335 Inhaltlich betont Sofie Rehberg (GRAS) der nun gestellte Änderungsantrag werde nicht dazu führen, dass Mitgliedern des SP „der Mund verboten“ werde. Die Debatte über diesen Antrag müsse geführt werden, da der Umgang mit einer unterschiedlichen Beteiligung von verschiedenen Personengruppen im SP aufgrund von strukturellen Benachteiligungen noch nicht ausdiskutiert sei.

340 Felix Ledneczky (NAWI) bezeichnet die Unterstellung, das Präsidium würde in seiner Arbeit als Sitzungsleitung systematisch benachteiligen, sei unverschämte. Zudem sei die nun vorgeschlagene quotierte Rednerliste nicht zielführend zur Beseitigung einer behaupteten Benachteiligung und stelle eine Form der positiven Diskriminierung dar, welche aber schlicht die vom Wähler getroffene Entscheidung über Zusammensetzung des SP und seiner Ausschüsse ignoriere.

Feo Böcker (GRAS) weist den Vorwurf der Unverschämtheit zurück und erklärt, nicht dem Präsidium werde eine systematische Benachteiligung unterstellt, sondern diese werde in der Gesamtgesellschaft ausgemacht. Zudem enthalte der Antrag gerade keine harte Quotierung.

345 Sven Reibert (NAWI) spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Er erklärt, die Diskussion sei nun oft genug im SP geführt worden und eine Aufteilung der Redezeit unter verschiedenen Identitätsgruppen lasse außer Acht, dass die Angehörigen des SP eben lediglich an ihr eigenes Gewissen und nicht an die vermeintlichen Positionen einer bestimmten Identitätsgruppe gebunden seien.

Robin Wegener (GRAS) kritisiert, dass im Rahmen der Debatte leichtfertig die Existenz von strukturellen Benachteiligungen geleugnet würde und Kritik an dem Änderungsantrag bisher

350 ausschließlich von männlich „gelesenen“ Personen geäußert worden sei. Zudem hält er eine rechtliche
Einschätzung der quotierten Redeliste für schwierig, da die teilweise behauptete Unzulässigkeit nie
durch ein Gericht oder das Justitiariat festgestellt worden sei, sondern bislang lediglich eine Meinung
darstelle. Da man bei unzulässigen Bestimmungen – wie zuletzt im Falle der Satzung der
355 Studierendenschaft gesehen – mit einer Rückmeldung durch das Justitiariat der RUB rechnen könne, sei
die derzeit wichtigste Frage nicht eine rechtliche, sondern die nach dem Willen, etwas gegen strukturelle
Benachteiligung zu tun.

Felix Käppel (RCDS) entgegnet, das Beispiel der Satzung der Studierendenschaft zeige eben auch, dass
eine bisherige Geltung von Bestimmungen der Studierendenschaft der RUB leider kein Indiz für eine
360 materielle Rechtmäßigkeit dieser Bestimmungen darstelle. Er erklärt, bei der zunächst im vorherigen
November verabschiedeten Satzungsneufassung habe das Justitiariat eben auch die Abwesenheit von
Regelungen bemängelt, welche zuvor auch in der seit 2004 gültigen Fassung der Satzung nicht enthalten
gewesen seien. Zudem verweist er auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Landes Brandenburg
aus dem Jahre 2019, welches er bei der Neufassung der GO-SP im vorherigen Juni detailliert dargestellt
365 habe. Auch dieser Umstand spreche seines Erachtens nach gegen eine mögliche Ableitung materieller
Rechtmäßigkeit aus der Tatsache einer früheren Geltung der nun erneut vorgeschlagenen Regelung.

Schließlich bemängelt er, dass die von Robin Wegener (GRAS) thematisierte Existenz struktureller
Benachteiligungen in der Gesellschaft eben bislang von den Befürwortern der quotierten Redeliste
schlicht behauptet und aus einer ungleichen zahlenmäßigen Repräsentation von Personen mit
370 bestimmten Merkmalen im SP abgeleitet werde. In der Tat sei der Antrag bislang nicht „ausdiskutiert“
worden, da die Befürworter eine konkrete Darlegung dieser Behauptung bisher schuldig geblieben seien.

Feo Böcker (GRAS) gibt zurück, die Existenz von strukturellen Benachteiligungen innerhalb der
Gesellschaft sei ein Faktum, welches sich logischerweise auch im SP niederschläge. Auch wenn die
spontane Nennung von Beispielen schwierig sei, müsse jedenfalls hinsichtlich des behaupteten
375 Wählerwillens in der Zusammensetzung des Parlaments gesagt werden, dass die Wahllisten und die
Reihenfolge der Kandidaten schließlich nicht von den Wählern selbst, sondern von den politischen
Listen festgelegt würde.

Felix Käppel (RCDS) ruft dazwischen, die Zusammensetzung der Listen sei für die Wahl des SP gar
nicht relevant, da für den Einzug in das SP das Wahlergebnis eines Kandidaten und nicht dessen Platz
380 auf der jeweiligen Liste den Ausschlag gebe.

Patrick Walkowiak (NAWI) erklärt, er halte den erneut gestellten Änderungsantrag weiterhin für
rechtlich nicht haltbar und fügt hinzu, der leichtfertige Beschluss von Regeln, welche anschließend vom
Justitiariat für unzulässig erklärt würden, sei peinlich. Zudem kritisiert er, dass in der Logik des
Änderungsantrages auch andere Identitätsgruppen, welche diskriminiert würden, unter die Gruppe der
385 sog. „Cis-Männer“ subsumiert würden. Dies hätte im konkreten Fall eine Schlechterstellung dieser
anderen Gruppen zufolge.

Sofie Rehberg (GRAS) stimmt Patrick Walkowiak (NAWI) hinsichtlich der von ihm angeführten
Diskriminierung anderer Personengruppen zu, sieht dies aber nicht als Argument gegen den Antrag. Sie
beobachte insbesondere bei längeren Debatten deutliche Unterschiede zwischen dem Redeverhalten von
390 Parlamentarierinnen und Parlamentariern unterschiedlicher Geschlechter. Ihren Ausführungen fügt sie
hinzu, sie wolle explizit keine Einzelpersonen kritisieren, da alle Anwesenden in derselben Gesellschaft
lebten.

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt den Änderungsantrag zur
Abstimmung. Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis abgelehnt:

395 **4 Stimmen JA, 21 Stimmen NEIN, 2 Stimmen ENTHALTUNG**

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) setzt die Debatte über den
Antrag zur Neufassung der GO in der vorgelegten Fassung fort. Er erklärt weitere Änderungen zur Wahl

und zur Besetzung der Ausschüsse und zu deren Arbeit mit besonderem Fokus auf den neuen Rechtsausschuss.

- 400 Robin Wegener (GRAS) erklärt, die Vertreter der GRAS beabsichtigten gegen die Neufassung der GO zu stimmen und begründet dies nicht mit der Ablehnung der gesamten vorliegenden GO-SP, sondern mit der besonderen Relevanz der quotierten Redeliste für die Vertreter der GRAS.

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt den Antrag auf Neufassung der GO-SP zur Abstimmung. Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

- 405

23 Stimmen JA, 3 Stimmen NEIN, 1 Stimme ENTHALTUNG

TOP 11. Verschiedenes

Zu diesem Punkt gibt es keine Wortmeldungen.

Der Präsident des Studierendenparlaments (Patrick Walkowiak, NAWI) schließt die Sitzung um 22.05 Uhr.

- 410 Für das Protokoll

Felix C. Käppel

Stellv. Präsident des
Studierendenparlaments